

Die Transformation gesellschaftspolitischer Konfliktkonstellationen durch Kommunale Konfliktberatung: Chancen und Herausforderungen

Christoph Weller*

1. Einleitung

Das Vorhandensein gesellschaftspolitischer Konflikte ist der Normalfall gesellschaftlichen Zusammenlebens. Angesichts gegensätzlicher Interessenlagen, divergierender Überzeugungen, verschiedener Werthaltungen oder unterschiedlicher Lebensformen existiert gerade in freiheitlichen Gesellschaften ein hohes Konfliktpotenzial. Können die jeweiligen Differenzen nicht von den Beteiligten alleine bearbeitet werden, weil dazu politische, also für ein Gemeinwesen kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen werden müssen, handelt es sich um gesellschaftspolitische Konflikte. Und sowohl der Entscheidungsprozess als auch die beschlossenen politischen Entscheidungen beinhalten und erzeugen weitere Konfliktpotenziale. Demokratische Rechtsstaaten stellen verschiedene Institutionen der Konfliktbearbeitung bereit, um einen möglichst geregelten, nicht-eskalativen Umgang mit der Vielzahl entsprechender Konflikte zu ermöglichen oder sicherzustellen (vgl. Weller 2021). Dies gelingt in unterschiedlich großem Maße, aber zumindest so weit, dass von einem Großteil der Bevölkerung die demokratische Herrschaftsordnung (Fuchs 1996: 5) und der damit unmittelbar verbundene geregelte Umgang mit Konflikten nicht grundlegend in Frage gestellt wird und politische Entscheidungen, die nach demokratischen Verfahren zustande gekommen sind, anerkannt werden, auch wenn sie nicht vollständig mit den eigenen Überzeugungen übereinstimmen. Nehmen Differenzen und Konflikte gerade im Zusammenhang rapiden gesellschaftlichen Wandels zu, wachsen auch die Anforderungen an die Institutionen der Konfliktbearbeitung (vgl. Weller 2013).

Zunehmende Konfliktpotenziale spiegeln sich auch in den Parlamenten eines demokratischen Staates, von der kommunalen Ebene bis zur Bundesebene, in denen wichtige Verfahren der Konfliktbearbeitung institutionalisiert sind, wider, etwa hinsichtlich der übergeordneten Frage, ob die Demokratie aus- oder abgebaut werden sollte. Daraus können politische Entscheidungen in engen Bezügen zu diesem gesellschaftlichen Wandel resultieren, aber zahlreiche Differenzen bleiben dabei auch unberücksichtigt und die gegensätzlichen Auffassungen verfestigen sich in gegenseitiger Abgrenzung. Die Regeln und Verfahren parlamentarischer Arbeit in einer Mehrheitsdemokratie erlauben diesen Umgang mit politischen Differenzen. Doch im alltäglichen Zusammenleben treffen Menschen mit divergierenden Vorstellungen, Werthaltungen und Überzeugungen aufeinander - im öffentlichen Raum, beim Einkaufen, in Verkehrsmitteln, Veranstaltungen, (Hoch-)Schulen oder im unmittelbaren Wohnumfeld - ohne dass ihnen immer breit anerkannte und direkt anwendbare Regeln oder Institutionen für den Umgang mit den Differenzen und den daraus resultierenden Konflikten zur Verfügung stehen. Zudem betreffen einzelne Differenzen und Konflikte auch den *Umgang* mit Differenzen und Konflikten selbst; ist der angemessene Umgang mit gesellschaftspolitischen Differenzen umstritten, ist es doppelt schwierig, dass eine konstruktive Konfliktbearbeitung gelingen kann.

* Prof. Dr. Christoph Weller, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg, Forschungsprojekt „Kommunale Konfliktberatung und Partizipative Konfliktforschung“ (KomPa), Augsburg 2025.